

Option -Voraussetzungen-

- Begrenzung der Anzahl der Neuzulassungen auf 41

- Zustimmung von 2/3 des Gemeinderats und der obersten Landesbehörde

- Nachweis der Eignung:

- Angaben zur: Infrastruktur, Personalqualifizierung, Aktenführung, Rechnungslegung, bestehende und geplante Verwaltungskooperationen, Kooperationen mit Dritten
- Konzept zum künftigen arbeitsmarktpolitischen Engagement einschl. Nachweis des Erfolges des seitherigen Engagements
- Darlegung der Grundsätze über die künftige Ausgestaltung der kommunalen Eingliederungsleistungen einschl. des Nachweises über den seitherigen Umfang sowie der Verknüpfung mit den Leistungen der Agentur für Arbeitsagentur
- Darlegung der Zweckmäßigkeitserwägungen bezgl. der Erbringung arbeitsmarktpolitischer Leistungen
- Konzept zur Verwendung des Eingliederungsbudgets und zum Aufbau einer bürgerfreundlichen und wirksamen Arbeitsvermittlung
- Konzept für eine überregionale Arbeitsvermittlung
- Konzept für ein transparentes Controlling
- Konzept für den Aufgabenübergang (Arbeits- und Zeitplan, Überführung des Daten- und Aktenbestandes)

- Schaffung einer besonderen, organisatorisch eigenständigen Einrichtung

- Übernahme von 90 % des seit 2 Jahren in der ARGE tätigen Personals der AfA

- Verpflichtung mit der zuständigen Landesbehörde Zielvereinbarungen zum SGB II abzuschließen

- Verpflichtung zur Datenerhebung und Weiterleitung an die Bundesagentur, um bundeseinheitliche Datenerfassung, Ergebnisberichtserstattung, Wirkungsforschung und Leistungsvergleiche zu ermöglichen